Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags | Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2,15 Mk., in Württemberg 2,28 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 274 | Donnerstag, den 21. November 1918. | 35. Jahrgang.

Die Wahl zur Nationalversammlung.

Am 2. Februar 1919 sollen nach einer Mitteilung des Volksbeauftragten Ebert die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, deren erste und wichtigste Aufgabe ist, die künftige Staatsform des Deutschen Reiches festzulegen. Es ist nach der Kölner Ztg. als sicher anzunehmen, daß die Wahlen auf Grund der Verhältniswahl erfolgen werden. Die bisher in Deutschland üblichen Wahlsysteme gehen von der Aufteilung des Landes in von einander unabhängige Wahlbezirke aus; diejenigen waren gewählt, die in einem Wahlbezirk die Mehrheit erlangten; die Stimmen der Minderheit in jedem Wahlbezirk waren verloren. Es lag also die Möglichkeit vor, daß Parteien, die in dem ganzen Land mehr Stimmen aufbrachten als irgendeine andere Partei, gänzlich unverrin allen Wahlkreisen zwar eine starke Minderheit, aber treten blieben, wenn sie den übrigen Parteien gegenüber nirgendwo die Mehrheit aufbrachten.

Die Verhältniswahl dagegen verlangt, wie ihr Name sagt, daß die Abgeordneten nach Verhältnis der im ganzen Land abgegebenen Stimmen gewählt werden. Die einfachste Form der Anwendung dieses Grundsatzes wäre nun die: Jeder Wähler hat nicht einen oder mehrere Abgeordnete für einen bestimmten Bezirk, sondern sämtliche Abgeordneten für das ganze Land zu benennen; er schreibt nach seinem freien persönlichen Ermessen die Namen der Männer auf, die er im Abgeordnetensessel sehen will. Die Folge dieses Verfahrens würde folgende sein: einzelne allgemein bekannte, hervorragende Politiker erhalten eine große Masse Stimmen, der Rest zersplittert sich auf eine Unzahl von Persönlichkeiten, so daß die Abgeordnetenwahl das reine Lotteriespiel würde. Die besprochenen Nachteile vermeidet die sogenannte Listenwahl. Der Wähler ist hier an eine Liste bestimmter Persönlichkeiten gebunden. Diese Listen aufzustellen, ist Sache der einzelnen Parteien und allenfalls solcher Personengruppen, die eine bestimmte Mindestzahl von Wählern im voraus nachweisen müssen. Die Listen werden von der Regierung bekanntgegeben, und der Wähler entscheidet sich am Wahltage für eine dieser Listen. Von der Liste jeder Partei sind dann so viele Abgeordnete gewählt, wie nach dem Verhältnis der im ganzen Land abgegebenen Stimmen auf die Partei entfallen; auf der einzelnen Parteiliste, die ja aus Vorsicht immer mehr Kandidaten aufweisen wird, als zum Schluß Abgeordnete auf die Partei entfallen, entscheidet die Reihenfolge der Aufführung. Wir nehmen ein Beispiel: hundert Abgeordnete sind zu wählen; vier Parteilisten liegen vor; von 670 000 abgegebenen Stimmen fallen auf Liste A 400 000, B 200 000, C 44 000, D 26 000. Wie viel Abgeordnete kommen nun auf die einzelne Partei? Bei 100 Abgeordneten und 670 000 Wählern stellen 6700 Wähler einen Abgeordneten. Es ergibt sich also folgendes Bild:

A 400 000 = 59 × 6700 (Rest 4700)
B 200 000 = 29 × 6700 (Rest 5700)
C 44 000 = 6 × 6700 (Rest 3800)
D 26 000 = 3 × 6700 (Rest 5900)

Von Partei A sind demgemäß jedenfalls 59, von B 29, von C 6, von D 3 gewählt. Das ergäbe 97 Abgeordnete. Die noch fehlenden drei Sitze fallen den drei größten Resten zu; auf A, B, D käme ein weiterer Abgeordneter.

Im einzelnen können noch viele Bestimmungen über Verrechnung von Stimmen, über Bevorzugung bestimmter Abgeordneten auf den einzelnen Parteilisten usw. hinzutreten; auch können zur technischen Durchführung der Wahl Wahlbezirke in andrem Sinne als bei dem frühern Wahlsystem eingerichtet werden. Da die Verhältniswahl zunächst nur für die Verfassunggebende Versammlung in Betracht kommt, gehen wir nicht näher auf die Einwände ein, die man gegen sie erheben kann. Am schwersten wiegt der Einwand, daß sie den lebendigen persönlichen Zusammenhang zwischen Abgeordneten und Wahlkreis aufhebt und dadurch ein Berufsparlamentarium heranzieht, das in einem gesunden Staatswesen möglichst einzuschränken ist. Dem stünde der Vorteil gegenüber, daß die einzelnen Abgeordneten sich nicht mehr in dem Maße an Kirchturminteressen gebunden fühlen würden, wie es jetzt zuweilen der Fall ist. Aber bei einer Verfassunggebenden Versammlung kommt es mehr auf allgemeine als auf örtlich bedingte Erwägungen an.

Zentralarbeiterrat oder Nationalversammlung?

Berlin, 19. Nov. Im Zirkus Busch fand am Dienstag eine Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins statt. Richard Müller vom Vollzugsrat erstattete einen langen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrats. Er zeigte die gewaltigen Schwierigkeiten, die angesichts des Mangels an Rohstoffen und der vielfachen Anforderungen von allen Seiten, sowie der vielen Hilferufe aus ganz Deutschland zu überwinden waren. Die zum Sicherheitsdienst herangezogenen Soldaten hätten nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit getan, wenngleich auch vereinzelte unlautere Elemente Ausschreitungen begingen. Die Sicherstellung der Ernährung konnte bisher befriedigend gelöst werden. Die Gefahr einer Gegenrevolution scheine jetzt nicht mehr so groß zu sein. Die Errichtung einer roten Garde aus Zivilisten habe man wegen der Gegnerschaft der Soldaten wieder fallen lassen. Zahllose Ausschüsse und Kommissionen, die sich überall bildeten, richteten heillose Verwirrung an. Der Arbeiter- und Soldatenrat sei die allein maßgebende Behörde. Das Zurückfluten der Truppen verursache viel Arbeit. Die Abrüstung der Heimattruppen werde Hand in Hand mit der Regierung vom Kriegsministerium vorgenommen. Ueber die Behörden und Kriegsgesellschaften sei eine entsprechende Aufsicht eingerichtet. Die Uebertragung der Vollzugsgewalt in der Arbeiterfrage an freie Gewerkschaften sei nötig gewesen, weil der Vollzugsrat in Streikfällen zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht eingreifen könne. Die Arbeiterfrage müsse durch Gewerkschaften im Einverständnis mit den politischen Parteien gelöst werden. Fügen sich einzelne Unternehmer nicht, oder legen sie ihre Betriebe still, so werde man diese enteignen. Die Gewerkschaftsverbände brauchten sich über die Uebertragung der Vollzugsgewalt an freie Gewerkschaften nicht zu entrüsten; solange sie nicht die Revolution mitverteidigen, müßten sie unter der Kontrolle freier Gewerkschaften bleiben. Jetzt bilden sich eine Anzahl Räte, von denen man nicht wisse, wer sie sind und was sie wollen. Aus diesen Vorgängen erkläre sich auch der Ruf nach der verfassunggebenden

Ein Deutscher

Von Otto Ruppius.

Der Neger schüttelte langsam den Kopf. „Ich weiß nur," erwiderte er, „daß Miß Harriet Burton in die Episkopalkirche geht und Mrs. Burton in die methodistische, zu meinem Master, Mr. Curry."

Reichardt nickte gedankenvoll. „Ich danke vorläufig, Bob," sagte er, „es bleibt dabei wegen der Violine!" Als aber der Neger das Zimmer verlassen, warf er sich auf das Bett, die Hände über dem Kopfe faltend. Er wollte seine Gedanken ordnen, aber bald verfolgte er nur die Bilder der letzten Tage, wie sie an seinem Geiste vorüberzogen.

Es hatten sich bei ihm, als ihn Harriet auf der Piazza von Kongreßhall verlassen, unangenehm nüchterne Betrachtungen eingestellt, denen er selbst dann kaum begegnen konnte, wenn er sich aufs neue Harriets ganzes Wesen wieder vor Augen stellte. Sie hatte ihm die Aussicht zu einer Existenz in Tennessee eröffnet — wo aber sollte er das Geld zu der Reise hernehmen. Und sie konnte, wenn sie ihn nach seinem Aeußern beurteilt hatte, kaum vermuten, daß er so arm sei, als er wirklich war. Er begriff nicht, wie er seine eigenen Verhältnisse so hatte vergessen können, und erst als Harriets leuchtender Blick vor ihm wieder auftauchte, fand er eine Erklärung. „Abwarten!" sagte er vor sich hin, „im schlimmsten Falle ist nur ein augenblicklicher Verdienst verloren!" Als er an jenem Abend endlich einschlief, waren es Margarets blaue Augen, die zuletzt noch vor ihm standen, er wußte nicht, wann, noch wie sie gekommen.

Am andern Morgen überreichte ihm der Buchhalter des Hotels einen Brief. Reichardt las etwas überrascht seine Adresse in feinen Schriftzügen, und mit einer halben Ahnung von der Person des Absenders zog er sich nach einem Fenster zurück, dort das Kuvert öffnend. Eine Banknote von hundert Dollars fiel in seine Hand, und mit sonderbar gemischten Gefühlen las er:

„Max Reichardt, Esq.

Sie sehen, ich kann bereits Ihren Namen richtig schreiben und werde ihn auch bald aussprechen lernen. Margaret hat mir versprochen, ihn mir jeden Tag zwei Dutzend Mal vorzusagen. Untenstehend finden Sie die genaue Bezeichnung unserer Tennessee-Heimat, die Sie auch in der Ihrigen machen sollen, mit der Angabe des Weges. Sie am besten wählen, und da ich mir denken kann, daß Ihr heutiges Nigger-Debut nicht stattgefunden hätte, wenn Sie Ueberfluß an Mitteln besitzen würden, so lege ich Ihnen das Reisegeld bei, das ich mir, sobald Ihre Existenz gesichert ist, zurückerstatten lassen werde. Sobald Sie in unserem Städtchen ankommen, fragen Sie nach dem Prediger Mr. Ellis. Unsere schöne, neue Orgel ist bereits zwei Monate fertig, noch immer aber ist kein Organist da, und jeder pfuscht darauf herum, der ein bischen Piano klimpern kann. Ebenso ist es ein Jammer um unseren Chor, und wenn die Methodisten nicht noch um die Hälfte schlechter singen, hätten wir uns schon längst schämen müssen. Ich habe soeben an Mr. Ellis geschrieben; beginnen Sie gleich nach Ihrer Ankunft und zeigen Sie den Menschen, was Sie können.

Ich komme erst einige Wochen später nach dem Süden und ich will Ihnen nur noch sagen, daß es bei uns keine Krokodile gibt und die übrigen zweibeinigen reißenden Tiere nur beißen, wenn sie böse gemacht werden; von Schlangen aber kommt in unserer Stadt nur eine einzige gefährliche Art vor, von deren Naturgeschichte ich Ihnen das Weitere mündlich mitteilen werde.

A revoir im sonnigen, schönen Süden!

Ihre Harriet Burton."

Reichardt wandte den Blick durchs Fenster, und zehnerlei Gedanken durchkreuzten seine Seele. Was war die eigentliche Ursache, die das reiche, schöne Mädchen ein so reges Interesse an ihm nehmen ließ? War es nur die südliche Lebendigkeit, verbunden mit einem Gefühle, das seine augenblickliche Lage würdigte und ihn daraus befreien wollte? — oder war wirklich die Organistennot so groß, daß sie sofort auf ihn spekuliert hatte? Er begann von neuem den Brief zu lesen — er hätte das Mädchen lieben können, wenn er nach allen seinen Erfahrungen überhaupt mehr als einer augenblicklichen Empfindung fähig gewesen wäre —, mit dem Gedanken an eine geachtete Stellung im „sonnigen, schönen Süden" aber stieg eine Empfindung von Glück in ihm auf, die alles, was noch als Zweifel in ihm stand, verscheuchte.

Schon am Nachmittage war er nach Neuyork aufgebrochen und die kurze Seefahrt bis Charleston, der Flug auf der Eisenbahn durch Urwald und mit reichen Plantagen besetzte Gegenden hatten Reichardt so viel neues geboten, daß er sich wenig Gedanken über die Gegenwart gemacht hatte. Als ihn aber am Tennesseeflusse die Postkutsche aufgenommen und der Schneckengang derselben sich durch eintönigen Wald fortzog, da begannen Bedenken, die schon in Saratoga dunkel in seiner Seele gelegen, sich in den Vordergrund zu drängen und ihm in seiner Einsamkeit unangenehme Gesellschaft zu leisten. Er ging, um eine Kirchenstelle zu übernehmen, und hatte als Empfehlung nichts als das Wort des jungen Mädchens, das sich ihm bald weich zugeneigt, bald ihn verspottet. War es ein Streich, um ihn der Tanzmusik, die sie beleidigt, zu entreißen.

Reichardt hatte allerdings das Reisegeld und noch darüber erhalten; aber was sollte er im Süden, wo die „Nigger" das Geigen zu ihrer Profession gemacht hatten, wo sich für seine übrigen Kenntnisse sicher noch viel weniger als in Neuyork eine Gelegenheit zur Verwertung fand, anfangen, wenn die Hoffnung, auf welche er sich jetzt stützte, fehl schlug? Er hatte ja dann nicht einmal die Mittel, wieder zurückzukehren! Wohl scheuchte manchmal der frische Mut der Jugend seine Besorgnisse hinweg; als er aber jetzt vom Verdeck der Postkutsche das im Abendschein glänzende Städtchen vor sich gesehen, war es eher das Gefühl eines stillen Bangens, seinen Leichtsinn bestraft zu sehen, als die Genugtuung bei Erreichung eines Ziels gewesen, das sich seiner bemächtigt.

Evang. Jünglingsverein. Donnerstag, 21. November abends 8 Uhr Spiel- und Gesellschaftsabend.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Reichsversammlung. Wir aber wollen keine demokratische, sondern eine sozialistische Regierung. Das Problem der Reichsverfassung liege in der Zukunft. Sie bedeutet für uns das Todesurteil. (Widerspruch und Beifall.) Schließlich kündigte Richard Müller einen Zentralkongreß aller Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland an.

Der Volksbeauftragte Haase trat für die Notwendigkeit der verfassunggebenden Reichsversammlung ein, hob aber hervor, daß sie nicht schon jetzt zusammenberufen werden könne. Auch die Soldaten im Felde müßten dabei sein können. Colin Roß verlangte für die Soldaten dasselbe Vertrauen, wie es seitens der Soldaten der Arbeiterschaft entgegengebracht werde.

Die Versammlung nahm folgende Entschließung an: In der revolutionären Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte hat sich die neue Staatsgewalt verkörpert. Diese Gewalt muß gesichert und ausgebaut werden, damit die Errungenschaften der Revolution der gesamten Arbeiterklasse zugute kommen. Das Bestreben der bürgerlichen Kreise, so schnell als möglich eine Nationalversammlung einzuberufen, soll die Arbeiter um die Früchte der Revolution bringen. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins verlangt daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Diese hat einen Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zu wählen, der eine neue, den Grundsätzen der proletarischen Demokratie entsprechende Verfassung zu entwerfen hat. Letztere ist einer von ihm einzuberufenden konstituierenden Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Weiter führte Richard Müller aus: Der Machtstreit, welchen der Vollzugsrat mit der bisherigen Regierung hatte, ist erledigt. Der Vollzugsrat hat das Recht, die Regierungen des Reichs und Preußens zu ernennen, und wenn sie nicht in seinem Sinn arbeiten, hat er das Recht, sie davon zu jagen. Doch wir hoffen, daß diese Notwendigkeit nicht eintreten wird.

In der Aussprache über die Hauptfrage (konstituierende Nationalversammlung oder Einsetzung eines Zentralarbeiterrats) betonte Hermann Müller, wir seien alle darin einig, daß wir die sozialistische Republik wollen, die im Rahmen der Demokratie durchgeführt werden müsse. — Haase erklärte es für unmöglich, daß die Errungenschaften der Revolution wieder verloren gehen könnten, denn das Proletariat habe in Deutschland die Mehrheit. Das Proletariat habe die Aufgabe, jede Regierung, auch eine sozialistische, vorwärts zu treiben. Das Schreien bürgerlicher Kreise nach der Konstituante dürfe uns nicht betören. So schnell könne sie nicht einberufen werden. Die Sozialisierung großer Betriebe sei notwendig. — Ledebour sprach dafür, daß das Proletariat die Macht, die es jetzt habe, ohne Rücksicht anwende, um die sozialistische Republik zu sichern. Unter der Herrschaft des Kapitalismus gebe es keine Demokratie. — Liebknecht trat ebenfalls dafür ein, daß alles getan werde, um die Wiederkehr der Herrschaft des Kapitalismus zu verhindern. — Zum Schluß erklärte Ebert, er sei stets für Einigkeit gewesen. Im großen und ganzen könne er Haase zustimmen.

Die Resolution der Referenten, sowie mehrere andere Resolutionen und Anträge wurden dem Vollzugsrat überwiesen.

•

Bremen, 19. Nov. In einer Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates führte der Unabhängige Henke aus: Die Gegenrevolution sei am Werke, das Bürgertum rüste zu neuem Kampfe. Die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen sei in diesen revolutionären Zeiten gefährlich. Die Diktatur des Proletariats sei volle zwei Jahre lang notwendig. Der Redner wandte sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung. Der Versuch der Mehrheitssozialisten, in der Versammlung zu Worte zu kommen, scheiterte. Angenommen wurde u. a. ein Antrag gegen die Wiedereinstellung der Offiziere und ein Antrag auf Konfiszierung der „Bremer Bürgerzeitung", die von der revolutionären Bremer Arbeiterschaft übernommen werden soll. Schließlich erklärte sich die Versammlung mit den Bolschewisten einig und forderte die Bildung einer Roten Garde.

Die Umwälzung im Reich.

Volksregierung und Reichstag.

Berlin, 20. Nov. Zu dem Protest des Reichstagspräsidenten in Sachen des Fortbestandes des Reichstags schreibt der „Vorwärts": Der Standpunkt der Reichsregierung ist vollkommen korrekt. Revolution bedeutet nun einmal den vollkommenen Umsturz des bisherigen Verfassungslebens. Trotz aller Buchstabenjuristen ist die Revolution Rechtsquelle, d. h. der Ursprung neuen Rechts, das sich auf ihr gründet und von ihr seinen Anspruch auf Geltung nimmt.

Die „Tägl. Rundschau" sagt: Eine späte Erklärung des Herrn Fehrenbach, der durch seine schnelle Abreise von Berlin in den Revolutionstagen zweifellos nicht die Interessen der Volksvertretung gewahrt hat, besagt wenig, außer der Zusicherung, daß Fehrenbach die Reichstagseinberufung für den Fall plant, daß aus der Nationalversammlung nichts werden sollte. Aber auch dann kommt die Zusammenberufung für Herrn Fehrenbach nur in Frage, wenn die jetzige oder die künftige Reichsleitung nach dem Reichstag verlangen sollte.

Gegen den Bolschewismus.

Berlin, 20. Nov. Die „Germania" schreibt: Sehr deutlich ist eine Antwort der deutschen Soldatenräte an der Ostfront auf den Versuch der Moskauer Sowjetregierung, Deutschland zur Nachahmung neurussischer Zustände zu verleiten. Kurz und bündig wird da erklärt, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten bewußt antibolschewistisch seien. Das ist gut gesagt. Aber derartige Lichtblicke bieten sich viel zu selten im Vergleich zu den Anzeichen, daß der Bolschewismus sich immer weiter ausbreitet. Es handelt sich in Deutschland tatsächlich um einen Kampf auf Leben und Tod gegen den Bolschewismus. Deshalb muß für alle Antibolschewisten, ob sie dieser oder jener politischen Parteirichtung angehören, eine gemeinsame Formel aufgestellt werden, mit der sie im öffentlichen Leben auftreten und besonders in den Wahlkampf ziehen.

Berlin, 20. Nov. Bei dem Staatssekretär Scheidemann ist folgendes Telegramm eingetroffen: Der große Soldatenrat Kowno, Zentralrat der Ostfront, hat einstimmig erklärt, daß er sich uneingeschränkt auf den Standpunkt der Ablehnung jeder wie immer gearteten Diktatur stellt und mit aller Entschiedenheit die konstituierende Nationalversammlung als die verfassunggebende einzig berechtigte Macht ansieht, die geeignet ist, den wahren Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Berlin, 20. Nov. Das Küstenpanzerschiff „Beowulf" hat Befehl, nach Danzig zu gehen und dort weitere Befehle abzuwarten.

Gescheiterte Parteieinigung.

Berlin, 20. Nov. Nach der „Tägl. Rundsch." wird die geplante Vereinigung der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei voraussichtlich scheitern, da die aus den Reihen der letzteren Partei neuestens gegründete „demokratisch-republikanische Partei" Forderungen aufgestellt hat, die der Mehrheit der Nationalliberalen annehmbar schienen. Der linke Flügel der Letzteren dürfte zu der demokratischen Gruppe übergehen.

Köln, 20. Nov. Maßgebende Kreise rheinischer Zentrumsleute veröffentlichen in der „Kölnischen Volkszeitung" einen neuen großen Programm-Entwurf. Der Name der Partei soll den Zusatz „freie deutsche Volkspartei" erhalten.

•

Erneute Vorstellungen bei Foch.

Berlin, 20. Nov. Staatssekretär Dr. Solf hat eine neue Note an die Vertreter der feindlichen Staaten gesandt. Es sei unmöglich, mehr als 3000 Lokomotiven und 100 000 Wagen (statt der verlangten 5000 bezw. 150 000) auszuliefern, sonst müßte in Deutschland eine Katastrophe ausbrechen. Foch antwortete kalt, die Frist von 31 Tagen (und natürlich auch die Zahl) könne nicht geändert werden. (Aus dem Haag wird gemeldet, Frankreich und England werden die Bedingungen verschärfen, falls Deutschland sie nicht einzuhalten in der Lage sei.)

Die Uebergabe der Schiffe.

Berlin, 19. Nov. Admiral Beatty hat an den Admiral Meurer, als an den allein von der englischen Regierung anerkannten Bevollmächtigten der deutschen Marine, das Ersuchen gerichtet, ihm umgehend die Liste sämtlicher bis zum 25. November fahrbereiten Unterseeboote und der zu desarmierenden Unterseeboote zu übermitteln. (Der englische Admiral erkennt die deutschen Zivilbeauftragten und die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte als Bevollmächtigte nicht an.)

Hindenburg wünscht für die Truppen feierlichen Empfang.

Berlin, 20. Nov. Der Reichsleitung ist aus Wilhelmshöhe vom 18. November folgendes Telegramm zugegangen: Das Feldheer würde es dankbar begrüßen, wenn es beim Einrücken in das westliche Grenzgebiet und später beim Einrücken in die Garnison feierlich empfangen würde.

Die Heimkehr.

Köln, 20. Nov. Nachdem schon Massen von Etappentruppen und Versprengten in den letzten Tagen Köln zu Fuß und auf der Eisenbahn passiert hatten, trafen heute vormittag die Spitzen der 6. und 17. Armee mit klingendem Spiel zu Fuß auf dem Wege nach Osten hier ein. Die durchziehenden Truppen werden von der Bevölkerung mit Kaffee gestärkt und mit Zigarren und Zigaretten beschenkt. Radfahrer-Bataillone eröffneten den Zug der Fronttruppen, denen lange Züge Sturmtruppen folgten. Die Fronttruppen zeigten gute Haltung und beste Ordnung. Der Verkehr stockt wegen des Gedränges teilweise gänzlich. Die Stadt trägt reichen Schmuck.

Luxemburg, 20. Nov. Noch immer passieren große deutsche Heeresmassen auf dem Rückzug Luxemburg. Die Ordnung und Organisation ist anstelle der anfänglichen Durcheinanders wieder hergestellt. Die Soldaten machen einen guten Eindruck. Am 24. November werden Amerikaner und Franzosen die Stadt Luxemburg besetzen.

Neues vom Tage.

Die Friedenskonferenz.

Amsterdam, 20. Nov. „Allgemeen Handelsblad" meldet aus London: „Daily Mail" berichtet aus Paris: Man erwartet, daß Clemenceau zum dauernden Vorsitzenden der Friedenskonferenz gewählt werden wird und daß Wilson ersucht werden wird, bestimmte Sitzungen, vor allem die Eröffnungssitzung, zu leiten.

Berlin, 19. Nov. Eine Abordnung des britischen Roten Kreuzes ist in Begleitung des deutschen Roten Kreuzdelegierten Dr. Reinhold Schairer heute von Kopenhagen hier eingetroffen.

General Petain — Marschall.

Paris, 20. Nov. (Reuter.) Der Ministerrat hat beschlossen, dem General Petain die Würde eines Marschalls von Frankreich zu verleihen.

Baltischer Staat.

Kopenhagen, 20. Nov. Die Räte von Livland, Kurland, Estland und der Insel Oesel beschlossen, eine einzige Regierung zu bilden und die Gründung eines baltischen Staates vorzuschlagen.

Unstimmigkeiten in der Entente.

Fiume, 20. Nov. Die Stadt Fiume wurde von italienischen Truppen besetzt, nachdem die Serben abgezogen waren. Die Italiener entfernten alle serbischen Hoheitszeichen. Der Agramer Nationalrat legte dagegen bei allen Ententeregierungen Protest ein. Der französische Oberbefehlshaber in Saloniki erteilte dem italienischen Kommandanten den Befehl, Fiume sofort zu räumen. Eine französische Division wird in Fiume eintreffen.

Magyaren und Tschechen.

Budapest, 20. Nov. (Ung. Korr.-Bur.) Der ungarische Nationalrat hat Truppen nach Ober-Ungarn gesandt, die es von tschechischen Eindringlingen gesäubert haben. Hierbei haben zwischen Sucsany und Rutka die sich zurückziehenden Tschechen Lokomotiven ohne Führer mit Schnellzugsgeschwindigkeit gegen einen ungarischen Panzerwagen losgelassen, dessen sämtliche Insassen bis auf einen Leutnant, der schwer verletzt wurde, infolge des Zusammenstoßes umkamen.

Die Abrüstung in Amerika.

Neuyork, 19. Nov. (Reuter.) Die Regierung wird die Kontrolle über die verschiedenen Kriegstätigkeitszweige in folgender Zeit aufheben: Ueber die Eisenbahnen 21 Monate, nachdem der Kriegszustand für beendet erklärt ist, das Spionagegesetz und das Kriegshandelsamt nach einer ähnlichen Frist, die Kriegsfinanzgebarung 6 Monate nach Beendigung des Kriegs. Die Auflösung der Finanzgebarung des Kontrolleurs für feindliches Eigentum wird etwas später erfolgen. Der Betrieb der Schiffahrt durch die Regierung wird 5 Jahre nach Beendigung des Kriegs aufhören. Das Luftamt wird seine Arbeiten 6 Monate nach dem Kriege einstellen. Der Bau von Kriegswohnungen wird mit dem Ende des Kriegs aufhören.

Neuyork, 20. Nov. (Reuter.) Die vom Schiffahrtsamt beschlagnahmten Handelsschiffe sollen den Besitzern erst zurückgegeben werden, wenn die Lebensmittelnot in Europa und Rußland behoben ist, also erst wahrscheinlich in 9 Monaten oder einem Jahr. Es wird jetzt ferner wegen der Verlängerung der Mietverträge für 150 000 Tonnen japanischen Schiffsraums, die im Dezember und Januar ablaufen, verhandelt.

Amerika überwacht die Welt.

Philadelphia, 20. Nov. Marineminister Daniels erklärte in einer Gesellschaft von Marine-Architekten und Marine-Ingenieuren, die Vereinigten Staaten würden fortfahren, Schiffe zu bauen und würden ihr großes Schiffahrtsprogramm fortsetzen, um den großen und kleinen Völkern gleichermaßen die Freiheit der Meere zu sichern und zur Ueberwachung der Welt beizutragen.

Washington, 20. Nov. (Reuter.) Das Marineamt schätzt den Marine-Voranschlag für 1920 auf 2 441 900 000 Dollar. Es war für einen Zeitraum von 3 Jahren ein Bauprogramm von 156 Schiffen, einschließlich von 10 Ueberdreadnoughts, vorgesehen.

Kein Friedensangebot abgelehnt.

Berlin, 20. Nov. In den Berliner Kasernen ist das Gerücht verbreitet, die deutsche Regierung habe im Herbst 1916 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt. Demgegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals amtlich erklärt wurde, daß keiner der Feinde Deutschland im Weltkriege jemals ein Friedensangebot gemacht hat.

Die Heimkehr der — Ententegefangenen.

Konstanz 19. Nov. Gestern abend ist ein Sonderzug mit 40 französischen Offizieren und 460 Soldaten über die Schweiz nach Frankreich abgegangen. Die noch in der Schweiz internierten Gefangenen der Ententeländer, etwa 16 000 Mann, werden demnächst heimbefördert.

München, 20. Nov. Die Regierung strich die königliche Zivilliste. — Die neuen Zwanzigmarkscheine des Kriegsnotgeld zeigen den bayerischen Löwen mit der Jakobinermütze.

Dank- und Bettag in Amerika.

Washington, 19. Nov. Präsident Wilson hat in einer Kundgebung den 28. November zum Dank- und Bettag bestimmt. Er sagt: Es hat Gott wohlgefallen, uns den Frieden zu geben. Dieser kann nicht allein als bloßes Aufhören des Kampfes, als eine Befreiung von der Anstrengung und Tragödie des Kriegs, er kann auch als ein großer Triumph des Rechts, als ein vollständiger Sieg gelten. Wir dürfen nicht vergessen, die göttliche Gnade und Vergebung im Handeln und Wollen zu erbitten, daß er in allem, was wir tun, die Bande der Freundschaft und gegenseitigen Achtung stärken möge, auf denen wir das neue Gebäude des Friedens unter den Nationen aufzubauen hoffen müssen.

Vermischtes.

Ueber das Explosionsunglück in Hamont wird aus Holland berichtet: Die Explosion ereignete sich ungefähr um 10 Uhr auf dem Bahnhof, wo ein deutscher Munitionszug stand. Dabei flog ein Wagen mit Granaten in die Luft, deren Splitter auf die Umgebung niederfielen. Die Umgebung des Bahnhofs ist ein einziges Trümmermeer. Auf dem Bahnhof standen auch drei Lazarettzüge mit deutschen Verwundeten, die auf den Transport nach Holland warteten. Diese Züge gerieten in Brand. Die Verwundeten flohen, soweit sie dazu im Stande waren, aber 18 Schwerverwundete kamen in den Flammen um. Ein Lazarettzug konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, nachdem die brennenden Wagen des Zuges mit großem Heldenmut abgekoppelt worden waren. Er steht jetzt auf dem Bahnhof Budel (über der holländischen Grenze). Indessen ist man des Brandes Herr geworden. Der Anblick der Verwundeten, die über die Grenze kommen, ist unbeschreiblich. Während der Katastrophe wagte sich niemand in die Nähe der Station Hamont. Die Zahl der Toten ist noch nicht genau festzustellen, aber sie muß sehr groß sein. In Hamont sind viele Häuser eingestürzt und die Einwohner unter den Trümmern begraben. Ueber die Ursache des Unglücks läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. (Hamont ist die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

belgische Grenzstation der Bahnlinie Antwerpen Moermond—München-Gladbach.)

Nach den letzten Berichten ist das Unglück entsetzlich. Die Zahl der Getöteten, meist Deutsche, wird auf 1000 geschätzt. Die Station ist völlig zerstört. Holländische Aerzte sind eingetroffen, 2000 Mann belgische Bürgerwehr haben die Grenze besetzt. Man glaubt, daß Belgier mit Handgranaten oder Maschinengewehre auf den Munitionszug geschossen haben. Es ist sicher, daß dieser zuerst in die Luft flog und daß dadurch die in der Nähe stehenden Züge verunglückten. Ein Lazarettzug ist vollständig verbrannt, ein zweiter fast ganz vernichtet. Zwei Züge konnten nach München-Gladbach verbracht werden. Sie befinden sich in einem unbeschreiblichen Zustand. Eine holländische Nachricht will wissen, das Unglück sei auf die Unvorsichtigkeit der belgischen Bevölkerung zurückzuführen, die zusammengeströmt sei, um von den deutschen Soldaten „Kriegsandenken" zu erhalten.

Die bayerische Gendarmerie wird sich nach den „M. N. N." in einen genossenschaftlichen Verband zusammenschließen.

Widerrechtlich erschossen. Der Zahntechniker Till in Köln hatte unter dem Vorgeben, Mitglied des A.- und S.-Rats zu sein, mit einem gewissen Kahn den 21jährigen Sohn eines Brauereiarbeiters wegen angeblicher Bedrohung festgenommen und ihn im Gefängnis eigenmächtig „zum Tode verurteilt". Auf Befehl Tills wurde der Verhaftete dann auch sofort durch Soldaten erschossen. Till und Kahn sind festgenommen worden.

Das neue preußische Kabinett

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 20. Nov. Nach der neuen badischen Vollzugsverordnung zur Erwerbslosenfürsorge ist jede Gemeinde, soweit erforderlich, verpflichtet, alsbald eine allgemeine Erwerbslosenfürsorge einzurichten. Fünf Sechstel des Gesamtaufwands bestreiten das Reich und der Bundesstaat; bedürftigen Gemeinden kann noch weiter entgegengekommen werden. Die Fürsorge erstreckt sich nicht nur auf Arbeiter im engeren Sinne, sondern auch auf Angestellte, Kleinunternehmer, Handwerker usw. Weibliche Personen werden nur unterstützt, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Art und Höhe der Unterstützung bestimmt die Gemeinde. Die Wartezeit für die Fürsorge beträgt höchstens eine Woche; für Kriegsteilnehmer besteht keine Wartezeit. Wenn die Erwerbslosenfürsorge ihren Zweck erreichen soll, muß sie eng verbunden sein mit einer sich über das ganze Land erstreckenden Arbeitsvermittlung. Auch hierfür sind die nötigen Bestimmungen getroffen.

(-) **Karlsruhe,** 20. Nov. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß vom Donnerstag den 21. ab der gesamte Zugverkehr von Baden nach Elsaß-Lothringen vollständig eingestellt wird. Auf der Strecke Rastatt—Röschweeg fallen vom Donnerstag ab sämtliche Züge aus. Auf der Strecke Appenweier—Straßburg verkehren die Züge nur noch bis Kehl.

(-) **Karlsruhe,** 20. Nov. Der evangel. Oberkirchenrat hat den Geistlichen empfohlen, am 2. Adventsonntag wieder einen Frauensonntag abzuhalten.

(-) **Karlsruhe,** 19. Nov. Nach einem Beschluß der gesamten Ministerien sollen die von den badischen Städten und Kreisen ausgegebenen Notgeldscheine von den staatlichen Kassen angenommen werden.

(-) **Karlsruhe,** 20. Nov. Die Abgeordneten der Rechtsstehenden Vereinigung der Zweiten Kammer haben beschlossen, sich künftig „Christliche Volkspartei" zu nennen.

(-) **Mannheim,** 20. Nov. Eine hier abgehaltene Eisenbahnerversammlung von Arbeitern und Beamten forderte in einer Entschließung eine einheitliche Organisation der Eisenbahner, schleunige Entlassung der im Heeresdienst stehenden Eisenbahner, Einschränkung der Arbeits- und Dienstzeit auf höchstens acht Stunden täglich, Neuregelung der Gehalts- und Lohnverhältnisse, Gewährung einer Nachtdienstzulage und einer nochmaligen einmaligen Teuerungszulage.

(-) **Mannheim,** 20. Nov. Am Sonntag landete bei Feudenheim ein deutscher Doppeldecker. Der Führer ließ das Flugzeug im Stich und verschwand. — Durch Oeffnung des mittleren Schloßdurchgangs ist jetzt eine direkte Verbindung zwischen Rheinbrücke und der Stadt hergestellt, welche bisher durch die ablehnende Haltung der Gr. Zivilliste nicht zu erlangen war.

(-) **Heidelberg,** 20. Nov. Die Nationalliberale Partei hier erklärte ihr Einverständnis, in Verhandlungen mit der Fortschrittlichen Volkspartei einzutreten, die ihrerseits sich grundsätzlich mit den Vorschlägen der Nat.lib. Partei einverstanden erklärte.

(-) **Pforzheim,** 20. Nov. Der Bürgerausschuß hat beschlossen, den Stadträten eine jährliche Vergütung von 500 Mark zu gewähren.

(-) **Baden-Baden,** 20. Nov. Da die im Waffenstillstandsvertrag festgesetzte neutrale Zone den Stadtteil Baden-West durchschneidet, wodurch sich für die übrigen Stadtteile Schwierigkeiten im öffentlichen und Reiseverkehr ergeben würden, hat der Stadtrat bei der maßgebenden Behörde beantragt, das ganze Stadtgebiet in die neutrale Zone einzubeziehen.

(-) **Bleibach** b. Emmendingen, 20. Nov. Bei einer Treibjagd wurde der 42jährige Sägemeister Wilh. Larger angeschossen und tödlich verletzt.

(-) **Peterzell** bei Villingen, 20. Nov. Aus Furcht die Franzosen könnten kommen, hat sich eine hiesige Landwirtsehefrau das Leben genommen.

(-) **Schopfheim,** 20. Nov. Die 22jährige Tochter eines während der Kriegszeit hier arbeitenden Mühlhauser Bürgers geriet beim Einsteigen in den schon in Fahrt befindlichen Zug unter die Räder. Das Mädchen, dem beide Beine abgefahren wurden, ist seiner schweren Verletzung erlegen.

(-) **Sigmaringen,** 20. Nov. (Die Zukunft Hohenzollerns.) Der Kommunallandtag für Hohenzollern trat zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, die von dem stellv. Vorsitzenden Dr. Belzer geleitet wurde. Das Bild des Kaisers war verhüllt. Vor Beginn der Sitzung ergriff der frühere Kgl. Kommissar, Regierungspräsident Graf von Brühl, das Wort, um sich von der Versammlung zu verabschieden. Die bisherigen Vertreter der Fürsten von Hohenzollern, Fürstenberg und Thurn und Taxis sind ausgeschieden. Für das ausgeschiedene Landesausschußmitglied Dr. Schönfeld wurde Abg. Wallishauser-Hechingen in den Landesausschuß gewählt. Sieben Anträge der Abgg. Dr. Belzer-Eger-Wallishauser wurden einstimmig angenommen. Es heißt darin u. a.: Bevor über die künftigen staatlichen Verhältnisse Hohenzollerns entschieden wird, soll das hohenzollerische Volk durch allgemeine Volksabstimmung oder durch einen auf freiheitlicher Grundlage gewählten Kommunallandtag gehört werden. Der Kommunallandtag erklärt, daß der Landeskommunalverband der hohenzollerischen Lande in seiner jetzigen Form jedenfalls bis zur endgültigen Gestaltung der deutschen Verhältnisse erhalten bleiben soll. Es möge in schleuniger Bälde ein neuer Kommunallandtag, der auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt wird, zusammengerufen werden. Alle Fideikommisse sollen aufgehoben werden. Der Landesausschuß möge sich sofort als Wohlfahrtsausschuß konstituieren.

Württemberg.

Die Rückkehr der Truppen aus dem Felde.

Vom Arbeitsministerium erhielten die Vertreter der Presse Mitteilungen über Durchzug und Empfang unserer Truppen aus dem Felde. Soweit nunmehr feststeht, werden die 19. Armee und die Armeegruppen A. und B. zunächst in Württemberg untergebracht werden. Die Truppen kommen in geschlossenen Formationen an, werden in Stuttgart auf die Eisenbahn gesetzt und abtransportiert; sie werden also nicht in Stuttgart demobilisiert, wie es anfänglich geplant war. Die Ankunft württembergischer Divisionen wird erst in einigen Wochen zu erwarten sein. Eine bereits eingesetzte Kommission will die Frage des Empfangs unserer Truppen in Stuttgart lösen. Das Arbeitsministerium hat bis jetzt die Errichtung von Melde- und Auskunftsstellen in sämtlichen Grenzoberämtern und größeren Eisenbahnstationen für die Truppen vorgesehen; solche Auskunftsstellen befinden sich in Stuttgart 5, im Lande ca. 50. In Stuttgart erhalten die Soldaten in der Akademie Auskunft über Verpflegung, Arbeitsvermittlung, Unterstützung, Wohnung, Berufsberatung, Entlassung; jedem Soldaten wird dringend ans Herz gelegt, sich vor seiner Entlassung ärztlich untersuchen zu lassen. An allen wichtigen Eisenbahnpunkten sind Meldestellen errichtet, wo die Truppen mit einem Flugblatt begrüßt werden; darin entbietet ihnen das württembergische Volk den Willkomm; darin erhalten sie Auskunft über alle für sie notwendigen und wichtigen Fragen. In Stuttgart soll die Begrüßung der Truppen womöglich erst andern Tags, wenn sie ausgeruht sind, in den Kasernen stattfinden. Die Stadt gedenkt eine offizielle Geldsammlung unter der Einwohnerschaft einzuleiten. Die Ernährung und Verpflegung der Truppen geschieht auf rein militärischem Wege durch die Feldküchen, sodaß die Einwohnerschaft selbst nicht in Anspruch genommen werden muß. Bemerkt sei noch, daß die Schilderungen von einem zügellosen Zurückfluten der Soldaten und die Erzählungen von Plünderungen und Marodierungen unzutreffend oder übertrieben sind.

(-) **Stuttgart,** 20. Nov. (Amnestie.) Auf dem Gebiet der militärischen Gerichtsbarkeit hat die prov. Regierung erlassen: alle bis zum heutigen Tage von Militärbefehlshabern verhängten Disziplinarstrafen, ferner alle wegen militärischer Verbrechen und Vergehen gegen württ. Kontingentsangehörige verfügten Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus (mit Ausnahme der Dienstentlassung und Degradation) oder Bestrafungen wegen bürgerlicher Vergehen bis zu 1 Jahr Gefängnis, endlich alle militärischen Arrest-, Haft- und Geldstrafen. Militärgerichtliche Untersuchungen wegen Straftaten, die mit Gefängnis bis zu 6 Jahren bedroht sind, sind niederzuschlagen. Ausgenommen von der Amnestie sind: 1. Strafen wegen Mißhandlung von Untergebenen; 2. Strafen wegen Bestechlichkeit, wenn auf eine mehr als sechsmonatige Freiheitsstrafe erkannt ist; 3. Straten, die wegen Preiswuchers, vorsätzlicher Höchstpreisüberschreitung, Ketten- oder Schleichhandels in Höhe von mehr als 2 Wochen Gefängnis oder mehr als 500 Mk. erkannt sind; 4. Untersuchungen, die wegen der unter 1, 2 und 3 erwähnten Verfehlungen eingeleitet oder noch einzuleiten sind. Hinsichtlich der nach Vorstehendem von der Amnestie nicht betroffenen Fälle ist eine allgemeine Milderung der Strafen und Begnadigung in Aussicht genommen.

(-) **Stuttgart,** 20. Nov. (Zur allgemeinen Amnestie.) Die prov. Regierung hat den Justizminister beauftragt, in Gemäßheit der Amnestie vom 15 Nov. den in Betracht kommenden Verurteilten in weitem Umfang Strafermäßigung zu teil werden zu lassen. Den zu zeitiger Zuchthausstrafe, zu Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahr und zu Festungshaft von mehr als einem Jahr verurteilten Personen soll mindestens ein Viertel ihrer Strafzeit nachgelassen und auch den zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe oder zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilten Personen in geeigneten Fällen ein angemessener Strafnachlaß gewährt werden.

(-) **Stuttgart,** 199. Nov. (Bürgerrat.) Eine von den Vereinigten Bürgervereinen Groß-Stuttgarts einberufene Versammlung beschloß gestern die Bildung eines Bürgerrats mit folgenden Leitsätzen: 1. Die Bürgerschaft stellt sich auf den Boden der Tatsachen und anerkennt damit die republikanische Regierungsform; 2. Auf dieser Grundlage wählen die Bürger und Bürgerinnen aus allen Schichten der Bürgerschaft einen Bürgerrat; 3. Dieser Bürgerrat hat die Aufgabe, unter Ausschluß jeder Parteipolitik bis zu der baldmöglichst einzuberufenden verfassunggebenden Landesversammlung die Bürgerschaft in Zusammenarbeit mit den übrigen Räten gegenüber der provisorischen Regierung zu vertreten.

(-) **Stuttgart,** 20. Nov. (Handwerk und neue Regierung.) Die Vertreter der Handwerkerlandesverbände und größere Handwerkervereinigungen Stuttgarts haben einmütig eine Entschließung gefaßt, wonach sich die württ. Handwerkskammern und das korporative Handwerk auf den Boden der neuen Regierung stellt, und sich bereit erklärt, sie bei dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes tatkräftig zu unterstützen; es wird aber erwartet, daß die neue Regierung die Interessen des Handwerks wahrt und bei der Durchführung der Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft Vertreter des Handwerks heranzieht, die von den Handwerkskammern vorzuschlagen sind.

(-) **Stuttgart,** 20. Nov. (In den Ruhestand.) Der Vorstand der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Staatsrat von Mosthaf, hat dem Ministerium Liesching ein Abschiedsgesuch eingereicht.

ep. **Stuttgart,** 19. Nov. (Wettbewerb Heimstättensiedelung Weilimdorf.) Von den 52 (nicht 62) eingegangenen Entwürfen sind folgende ausgezeichnet worden: Es erhielten einen 2. Preis (je 2700 Mk.) Albert Eitel, Architekt B. T. A und D. W. B., Stuttgart; Professor P. Bonatz und Architekt F. Scholer, Stuttgart; Reg.-Baumeister Dr. Ing. H. Ströbel, Stuttgart; Dipl.-Ing. Richard Döcker, Stuttgart. Einen 3. Preis (1900 Mk.) erhielten Heinz Mehlin und Baurat Jakob Früh, Architekt B. A. A., Stuttgart. zum Ankauf (je 1000 M.) wurden empfohlen die Arbeiten von: Hermann Moser, Architekt, Fellbach und Friedr. Endreß, Architekt, Gablenberg; Hofbaurat Wörner, Stuttgart und Reg.-Baumeister Finkbeiner, Stuttgart; W. Ebensperger, Architekt, Fellbach; Freese und Jost, Regierungsbaumeister, Stuttgart; Paul Zeller, Architekt, Friedrichshafen a. B.

(-) **Hall,** 20. Nov. (Verurteilung.) Wegen sträflichen Verkehrs mit einem Mädchen unter 14 Jahren, Vergehens wider das keimende Leben u. a. Straftaten wurde ein französischer Kriegsgefangener zu 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus verurteilt. Es schwebt gegen ihn noch ein Verfahren wegen Anstiftung zum Kindsmord.

(-) **Hall,** 20. Nov. (In Freiheit.) Infolge der Amnestie der prov. Regierung sind 89 Strafgefangene aus dem Landesgefängnis entlassen worden. Verschiedene erklärten, sie werden bald wieder kommen.

(-) **Nagold,** 20. Nov. (Unfall.) Ein herunterklappender Fensterflügel traf den Unterlehrer Kläger auf den Kopf. Der Unfall wurde anfänglich kaum beachtet. Nach drei Wochen aber traten Gehirnblutungen ein, die den Tod des jungen Lehrers zur Folge hatten.

Die Freiheit der Presse.

Der Versuch der Spartakusleute, die „Württ. Ztg." in Stuttgart in Besitz zu nehmen, hat die Berufsvertretungen der Presse Württemberg: Verein württ. Zeitungsverleger, Landesverband der Presse Württembergs und Hohenzollerns (Württ. Journalisten- und Schriftstellerverein) und Reichsverband der deutschen Presse Landesverband Württemberg (Verein württ. Presse) veranlaßt, mit äußerstem Nachdruck Einspruch gegen diesen gewaltsamen Eingriff in das Privateigentumsrecht und die Pressefreiheit zu erheben, deren Schutz durch die Reichsregierung und durch die württembergische Regierung gewährleistet worden ist.

Die Freiheit der Presse ist eine Grundforderung aller Demokratie und ein hohes, unentbehrliches Gut, nicht nur der Presse selbst, sondern des ganzen Volkes.

Die Berufsvertretungen der württembergischen Presse sind der stärksten Unterstützung der Oeffentlichkeit gewiß, wenn sie an die württembergische Regierung und an den Arbeiter- und Soldatenrat die Forderung stellen, dafür zu sorgen, daß die Presse in allen ihren Rechten fürderhin unangetastet bleibt.

Die drei Verbände halten sich umsomehr verpflichtet, diese Vorgänge der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, als derartige, mit Zwang verbundene Eingriffe in das Privateigentum jeden Tag ebensogut andere Personen oder Unternehmungen treffen können.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Willkommen ihr tapferen Krieger!

Gestern morgen hat unsere Stadt in Eile Flaggenschmuck angelegt. Viele Häuser wurden auch noch mit Laub und Kränzen geschmückt und da und dort winkt an den Hauptüren ein freundliches Willkommen.

Unsere Schuljugend zieht singend und jubelnd Fähnchen schwingend stadtauf, stadtab. Wildbad will seine heimkehrende Helden würdig empfangen.

Ehrenvoll, unbesiegt und mit blankem Schild kehren sie aus dem ohne ihre Schuld verlorenen Kriege heim.

Eine schwere Zeit, hart an Kämpfen und reich an Entbehrungen liegt hinter ihnen. Unsere Stadt, unser Vaterland ist vom Feinde verschont geblieben. Darum heißen Dank und herzliches Willkommen allen heimkehrender Kriegern, insbesonders denen unserer Stadt; Mögen sie sich bald wieder wohl fühlen in der lieben Heimat und bei ihren Angehörigen! Aber auch diejenigen, die draußen im Feindesland in fremder Erde ruhen, dürfen wir heute nicht vergessen. Wohl werden heute deshalb da und dort kaum vernarbte Wunden wieder aufbrechen und heiße bittere Träne fließen; aber diese Helden haben ihr Leben für uns gegeben

Ihnen allen wollen wir ein herzliches, dankbares Andenken bewahren.

Ihr habt erkämpft mit feurigem Mut
Das Eiserne Kreuz in des Kampfes Glut! —
Nun habt ihr bewiesen drauf und dran,
Daß Wildbads Jugend auch kämpfen kann!

Den Gefallenen:
Der schönste Mannestod ward Euch beschieden;
O schlummert sanft in Eures Ruhmes Frieden;
Ihr Helden ob ihr starbt, uns starbt ihr nicht;
Ihr schreitet vor uns im verklärten Licht.

Z.

Druck und Verlagder B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

An das württembergische Volk.

Das am 8. Nov. gebildete parlamentarische Gesamt—Ministerium hat seine Entlassung erbeten und erhalten.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben die Geschäfte übernommen und die gesamte öffentliche Gewalt liegt von nun ab in den Händen der provisorischen Regierung.

Die provisorische Regierung hat ihr in der Kundgebung vom 9. November gegebenes Versprechen erfüllt, **geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte** heranzuziehen ohne Rücksicht auf deren politische oder religiöse Gesinnung. Es sind in die Regierung neu eingetreten die Herren **Baumann** für das Ernährungswesen, **Kiene** für die Justiz, **Liesching** für die Finanzen.

Das Verkehrwesen bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt. Die obersten fachmännischen Leiter bleiben für die **Eisenbahnen** der Präsident der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Staatsrat Stieler, für das Postwesen der Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen Metzger. **Diese Gestaltung der Dinge ist erfolgt im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenrat.**

Nur Verfügungen, die von der Regierung und den zuständigen Ministerien ausgehen, haben Rechtskraft. Die bisher von anderen Stellen abgegebenen Ausweise verlieren sofort ihre Gültigkeit.

Alle Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch besondere Verfügung der Regierung geändert oder aufgehoben werden. Dies gilt insbesondere für alle die Bewirtschaftung der Lebensmittel regelnden Vorschriften.

Der **Sicherheitsdienst** wird von den bisherigen staatlichen und gemeindlichen Organen unter Mitwirkung von Soldaten ausgeübt. Die Soldaten folgen ausschließlich den Anordnungen des Leiters des Kriegswesens.

Eine ausgedehnte Amnestie wird in den allernächsten Tagen gewährt.

Die Umwälzung ist vorläufig vollzogen. Die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. Pflicht aller Volksgenossen ist es hierbei mitzuwirken, und die gewaltigen Kulturaufgaben zu fördern, die nach den Zerstörungen des Weltkrieges vor uns stehen.

In erster Linie muß die strengste Ordnung gesichert werden, um die Städte und Industriegebiete vor dem Hungertod zu schützen. Das Land hat alle Veranlassung, eine geordnete Verpflegung der Städte und der zurückkehrenden Truppenmassen sichern zu helfen, da nur so ein regelloses Hinwegströmen über das platte Land mit allen seinen schlimmen Folgen verhindert werden kann.

Die heute schon herrschende Not wird durch das Zurückfluten Hunderttausender von Soldaten ins Ungeheuere gesteigert. Diese unerhörte Zwangslage nötigt zu sofortigen scharfen und weitgehenden Maßnahmen.

Der Ausgang des Krieges und nicht die politische Umgestaltung in Württemberg zwingt zu unvermeidlichen weiteren Einschränkungen.

Unternehmer und Arbeiter, Handwerker und Bauern müssen jeder Erschütterung der Volkswirtschaft, jedem regellosen Durcheinander mit allen Kräften vorbeugen!

Planmäßiges, Organisatorisches, friedliches und freiheitliches Zusammenarbeiten ist unsere Richtschnur. Setze jeder seinen Dienst und seine Arbeit in gewohnter Weise fort!

Die Soldaten in die Kaserne!
Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieb!
Die Beamten auf Ihren Posten!
Die Handwerker in die Werkstatt!
Die Bauern an ihre Arbeit!
Für jeden Bürger gilt die Arbeitspflicht!
Die provisorische Regierung:
Blos. Baumann. Crispien. Heymann. Kiene. Liesching. Lindemann. Schreiner.

Unter Bezugnahme auf vorstehenden Aufruf fordere ich die Einwohnerschaft auf, Ruhe und Ordnung zu halten, die Gesetze zu beachten und die öffentlichen Organe in ihren diesbezüglichen Bemühungen zu unterstützen.

Wildbad, den 19. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Auf Grund der uns erteilten Vollmacht schließen wir uns dieser Aufforderung an.

Die Vorstände des A. u. S. Rats Wildbad
F. Rath. Ruckwied.

K. Oberamt Neuenbürg.

Höchstpreise für Weißkohlsauerkraut.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat für Weißkohlsauerkraut folgende Höchstpreise festgesetzt:

Herstellerpreis ab Verladestation je Nettozentner	21 ℳ
Großhandelspreis je Zentner	25 ℳ 50 ₰
Kleinhandelspreis für das Pfund	33 ₰

Den 14. Nov. 1918. Regierungsrat Ziegele.

Wildbad, den 21. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Fertige Fahnen

sind zu haben bei

Wilhelm Rath.

K. Oberamt Neuenbürg.

Fleischverbrauch in der Woche v. 18. - 24. Nov. 1918.

Die Heeresverwaltung hat infolge der Demobilmachung die Anforderung von Vieh aus Württemberg für die Versorgung des Feldheeres verringert. Andererseits sind viele Landwirte wegen Futtermangels genötigt, ihr Vieh raschestens abzustoßen, wozu noch kommt, daß die derzeitige Verpflegungslage die Abgabe von Fleisch eher ermöglicht, als diejenige von Mehl als Ersatz in der fleischlosen Woche. Die Fleischversorgungsstelle hat deshalb unter Abänderung ihrer Bekanntmachung vom 22. Oktober 1918 (Enztäler Nr. 259) angeordnet, daß auch in der Woche **vom 18.—24. Nov.** 1918, welche zunächst als fleischlose Woche vorgesehen war, nunmehr Fleisch in der gleichen Menge wie seither abgegeben wird. Die Abgabe erfolgt gegen die auf der Reichsfleischkarte enthaltene „Bezugsmarke für die in der fleischlosen Woche vom 18.—24. Nov. an Stelle der gesetzlichen Wochenfleischmenge zu reichenden Ersatzlebensmittel". Die Bezugsmarke ist nur gültig im Zusammenhang mit dem Stammabschnitt. Für die auf den Kinderkarten enthaltenen Bezugsmarken, die kleiner sind als diejenigen bei den Vollkarten, wird nur die halbe Menge, also 75 Gramm, abgegeben. Personen, die auf Verköstigung in Wirtschaften angewiesen sind, können bei den örtlichen Fleischanweisungsstellen ihre Bezugsmarken in Wochenfleischkarten umtauschen.

Die (Stadt-) Schultheißenämter werden veranlaßt, hienach alsbald das Weitere einzuleiten und die Einwohnerschaft ortsüblich auf Vorstehendes hinzuweisen.

Den 15. Nov. 1918. Regierungsrat Ziegele.

Mit der Bitte um Beachtung bekannt gegeben.

Wildbad, den 19. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt Bätzner.

Milchkarten.

Die Milchkarten werden morgen Freitag vormittag und nachmittags einer Revision unterzogen und werden bei dieser Gelegenheit abgestempelt.

Von diesem Zeitpunkt ab haben **ungestempelte** Milchkarten keine Gültigkeit mehr.

Städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung

Folgende Bekanntmachungen werden durch Anschlag am Rathaus zur öffentlichen Kenntnis gebracht:

1. Verfügung des Arbeitsministeriums vom 14. Nov. 1918.
2. Bekanntmachung des K. Oberamts Neuenbürg v. 14. Nov. 1918 betr. Pflichtabgabe von Speck aus Haus- und Notschlachtungen von Schweinen,
3. desgl. vom 13. Nov. 1918 betr. Zuschläge beim Weinverkauf,
4. desgl. vom 13. Nov. 1918 betr. Ausschankpreise für Wein.

Wildbad, den, 19. November 1918.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Wir übernehmen

Mäntel, Zinsscheine und ganze Stücke von Wertpapieren

als offene Depots

zur Verwahrung in feuer- und diebessicherer Stahlkammer

und

zur Verwaltung mit Einlösung der Zinsscheine, Ueberwachung der Verlosung, Einzug fälliger Stücke, Beschaffung neuer Zinsschein-Bogen und dergl.

Wir geben gerne nähere Auskunft am Schalter.

Stahl & Federer

Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.

Breitwieser's Unterbadischer

Kunst-Most-Ansatz

mit Süßstoff

gibt ein alkoholfreies Hausgetränk mit ähnlichem Geschmack wie Apfelmost zu haben bei:

Carl Wilh. Bott.

Stadtgemeinde Wildbad.

Verpachtung des Schulackers in Sprollenhaus.

Der Schulacker in Sprollenhaus, Parzelle 1460, 21 ar Acker und 1 ar 02 qm Grasrain kommt

am Samstag den 23. Nov. 1918 vorm. 11 Uhr

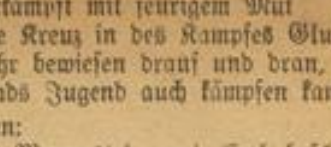
auf dem Rathaus in Wildbad in 3 Losen a je 7 ar Acker 34 qm Grasrain auf die 12 Nutzungsjahre 1918/1930 im öffentlichen Aufstreich zur

Wiederverpachtung.

Pachtbedingungen, Lageplanskizze und Beschrieb über die Zugangs- und Zufahrtsrechte liegen vom Montag den 18. bis Mittwoch den 20. Nov 1918, je einschließlich, beim **Anwaltamt in Sprollenhaus** zur Einsichtnahme für die Interessenten auf.

Wildbad, den 16. Nov. 1918.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.



Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, bei dem Hinscheiden meiner lb. unvergeßlichen Gattin, unserer lb. guten Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wilhelmine Lipps
geb. Kappelmann

die wir von allen Seiten erfahren durften, für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtvikars, für den erhebenden Gesang des Liederkranzes, für die vielen Blumenspenden, sowie den Herren Trägern sagen herzlichen Dank.

Der tiefbetrübte Gatte
Chr. Lipps Gipsermeister
mit seinen Kindern.

Bestellungen auf **Bauernkraut** nimmt an
Frau Köhle Witwe.

Hausmädchen
für ein hiesiges Hotel sofort gesucht. [184
Näheres in der Exped.

Gesucht auf 1. Dezember ein
Mädchen oder Frau
für einige Stunden im Tag.
Näheres in der Exped. [185

Ev. Kirchenchor.
Heute abend 8 Uhr
Singstunde

Zu kaufen gesucht
eine qm. große
Kiste
Angebote an die Exped.

Mädchengesuch
Rechtschaffenes
Mädchen
nicht unter 18 Jahren das schon in besserem Hause gedient, für Küche und Haus zu baldigem Eintritt gesucht. [183
Näheres in der Exped.

2 Zimmermädchen
2 Hausmädchen
bei **gutem** Gehalt zum sofortigen Eintritt gesucht.
Hotel Post, Pforzheim.

Wichtig Wichtig
für
Schreinermeister
Sattler und Tapeziermeister
Ich Unterhalte ein Lager in
Büffet's Kredenzen.
Verticow's.
Schlafzimmer.
Küchenmöbel
alle Sorten Stühlen und Hocker
Die Preise sind so gestellt, daß beim Weiterverkauf ein lohnender Verdienst zu erziehlen ist. Besichtigung des Lagers auch mit der Kundschaft ohne jede Verpflichtung jeder Zeit gern gestattet.
J. Schwersenz
Pforzheim
Leopoldstr. 14. 1 Tr.
Telef. 498. (Kaffee Etzel)

Jeder heimkehrende Krieger
aus der Gemeinde Wildbad erhält die
Wildbader-Kriegschronik
zu 40 Pfennig
in der Buchhandlung
Geschwister Flum,
neben der Sonne.

Kautschuk-Stempel
empfiehlt **C. W. Bott.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw